

Bericht BVK

über die unter Beschlussvollzugskontrolle (BVK) stehenden Stadtratsbeschlüsse des Personal- und Organisationsreferates im Zeitraum 01.01. - 30.06.2018 im Verwaltungs- und Personalausschuss / öffentlich am 26.09.2018

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
1	08-14 / V 12487	16.10.2013 / 23.10.2013	<p>Bio und Billig – kein Widerspruch</p> <p>oder wie kann der Anteil ökologischer, regionaler und fair gehandelter Produkte in städtischen Kantinen zu sozialen Preisen gesteigert werden</p> <p>(Antrag Nr. 08-14 / A 02358 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/RL vom 07.04.2011, eingegangen am 07.04.2011)</p>	<p>1. Das POR wird beauftragt, alle Schritte in die Wege zu leiten, um die unter Ziffer 2 des Vortrags genannten Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem RGU umzusetzen.</p> <p>2. Das POR wird beauftragt, die Ausschreibung für einen externen Beratervertrag, wie unter Ziffer 2.4 des Vortrags vorgeschlagen, vorzubereiten.</p> <p>3. Das POR wird beauftragt, die unter Ziffer 3 des Vortrags genannten weitergehenden Maßnahmen vorzubereiten. Im 1. Halbjahr 2015 wird dem Stadtrat über vorliegende Ergebnisse erneut berichtet.</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p> <p>Zeit-verzögert</p>	<p>Zu 1. Ein abschließender Rückblick auf das Projekt zur Einführung verbindlicher Lebensmittel-qualitäten und Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise werden dem Stadtrat voraussichtlich im Herbst 2018 vorgelegt.</p> <p>Zu 2. Der Beratervertrag wurde ausgeschrieben und abgeschlossen.</p> <p>Zu 3. Dem Stadtrat wurde im 1. HJ 2015 über den Stand der Umsetzung berichtet (VPA vom 24.06.2015, 14-20 / V 03066).</p> <p>Die Umsetzung erfolgt in zwei Phasen: Die Phase I (Mindestanteile von</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlustitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				4. Die einmaligen Mittel in Höhe von 20.000,00 € werden aus dem Restfonds des POR entnommen und auf dem Büroweg im Produkt PROD5701 eingestellt.	Erledigt	<p>bestimmten Lebens-mittelqualitäten vertraglich verbindlich und bzgl. der Essenspreise für städt. Beschäftigte kostenneutral festzulegen) wurde im Herbst 2016 abgeschlossen.</p> <p>Darüber hinaus prüft das externe Beratungsunternehmen die Realisierbarkeit von höheren Lebensmittelqualitäten (Phase II).</p> <p>Die Befassung des Stadtrates mit dem Projektverlauf und den Ergebnissen war ursprünglich für den Herbst 2017 angestrebt. Aufgrund des äußerst hohen Aufwands, die Rathauskantine neu zu verpachten, konnte diese Planung nicht aufrechterhalten werden. Eine abschließende Berichterstattung für den Stadtrat ist für Herbst 2018 vorgesehen. Sollte mit Erhöhung der Bio-Anteile eine Steigerung der Essenspreise für die städtischen Beschäftigten einhergehen, so wird auch der GPR damit befasst.</p> <p>Zu 4. Die 2014 zur Verfügung gestellten Mittel i.H.v. 20.000 € wurden verwendet.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>5. Der Antrag Nr. 08-14/ A 02358 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 07.04.2011 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>6. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
2	08-14 / V 13702	12.03.2014 / 09.04.2014	Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Maßnahmen aus dem Handlungsfeld „Arbeit und Beschäftigung“ bei der Arbeitgeberin Landeshauptstadt München	<p>1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen; das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die beschriebenen Maßnahmen zur Gewinnung von Menschen mit Behinderung für die reguläre und verzahnte Ausbildung umzusetzen.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Voraussetzungen und Maßnahmen für die Schaffung von Praktikumsplätzen der regulären und verzahnten Ausbildung für Menschen mit Behinderungen sowie der Betreuung dieser Praktikantinnen/ Praktikanten mit Behinderungen umzusetzen.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Zeit-verzögert</p>	<p>Zu 1. Von den durch Beschluss genehmigten 5,7 VZÄ (davon 1,7 VZÄ befristet) wurden zur Entlastung des städtischen Haushalts 2,8 VZÄ nicht eingerichtet. Die verbleibenden 2,9 VZÄ sind eingerichtet und besetzt.</p> <p>Zu 2. In der Stadtratsvorlage vom 23.11.2017 wurden zwei Stellen für die heilpädagogische Betreuung beantragt und zunächst genehmigt. Durch den späteren Auftrag, die genehmigten Stellen zu reduzieren, wird das POR nur noch eine Stelle besetzen, die derzeit ausgeschrieben wird. Nach der Stellenbesetzung soll das Marketingkonzept inklusiv umgestaltet werden, um noch mehr Menschen mit Behinderung für die städtische und die verzahnte Ausbildung zu gewinnen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Maßnahmen für ein räumlich und inhaltlich barrierefreies städtisches Fortbildungsprogramm zu schaffen.</p>	<p>Im Zeitplan</p>	<p>Die bereits vorhandene Stelle (Beratungsfachdienst Inklusion) ist seit 01.06.2017 wieder besetzt.</p> <p>Zu 3. Zwei direkte Ansprechpartnerinnen stehen Beschäftigten mit Schwerbehinderung zur Verfügung. Im direkten Kontakt wird besprochen, welche Unterstützungsmaßnahmen notwendig sind, um eine ungehinderte Teilnahme zu ermöglichen. Nach Bedarf wird auch direkt mit den Trainerinnen und Trainern Kontakt aufgenommen, um auch hier Hindernisse zu vermeiden. Bedarfsgerecht können Seminarunterlagen vorab zugestellt bzw. je nach Behinderung weiter aufbereitet werden. An weiteren Unterstützungsmaßnahmen wird laufend gearbeitet (z. B. Möglichkeit des Einsatzes einer digitalen Hörhilfe). Zugleich wird ein Konzept erstellt mit dem Ziel, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Schwerbehinderung zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zu motivieren.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt im Benehmen mit dem Direktorium HA III STRAC und it@M eine Vorstudie und ein Sollkonzept für die Integration der Arbeitsplätze für blinde und sehbehinderte Beschäftigte in die IT-Struktur zu entwickeln.</p> <p>5. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, ein Grobkonzept für einen Handicap-Day zu entwickeln.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Zeit-verzögert</p>	<p>Im Dezember 2018 wird die Fortbildungsabteilung des POR einen Aktionstag für alle Beschäftigten der LHM zur Sensibilisierung und Selbsterfahrung anbieten. Hierbei wurde der Schwerpunkt im Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit und ohne Behinderung gesehen.</p> <p>Zu 4. Das Sollkonzept ist erarbeitet und im VPA am 08.11.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09030) wurden die weiteren Schritte und der notwendige Finanzbedarf beschlossen. Die Umsetzung erfolgt Zug um Zug.</p> <p>Die Funktionsfähigkeit der Full-VPN-Lösung für Vorlese- und Vergrößerungssoftware kann mittlerweile sichergestellt werden. Außerdem wurde ein Demo-Arbeitsplatz zum allgemeinen Testen eingerichtet.</p> <p>Zu 5. Die Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04963 (VPA 17.02.16/VV 25.02.16) wurde beschlossen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>6. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, im Benehmen mit der Gesamtvertretung der Schwerbehinderten beim Gesamtpersonalrat, dem Behindertenbeirat der LHM, einschlägigen Verbänden, Institutionen und Ämtern ein Konzept für die Umsetzung einer barrierefreien Wissensvermittlung im Intranet zu Behinderung im Kontext mit Arbeit zu entwickeln und umzusetzen.</p> <p>7. ...</p> <p>8. ...</p> <p>9. ...</p> <p>10. Die Ziffern 1 bis 6 dieses Antrages unterliegen der</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p>	<p>Die Erarbeitung des Feinkonzepts sollte ursprünglich nach Besetzung der dafür vorgesehenen Stellen erfolgen.</p> <p>Die Kapazitäten werden allerdings aufgrund der vom Stadtrat beschlossenen Einsparungen einbezogen. Das Feinkonzept wird nun durch das vorhandene Personal erarbeitet.</p> <p>Die Durchführung des Handicap-Days ist für 2019 in einem angepassten Rahmen vorgesehen.</p> <p>Zu 6. Die zentralen Informationen zu Behinderung im Kontext mit Arbeit werden weiter aktualisiert und sukzessive weiter ausgebaut.</p> <p>An einer Übertragung der Informationen in WiLMA wird aktuell gearbeitet.</p> <p>Zu 10. Eine weitere Berichterstattung</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				Beschlussvollzugskontrolle. Das Personal- und Organisationsreferat wird dem Stadtrat erstmalig über den Sachstand der Umsetzung im 1. Halbjahr 2015 berichten.		über die Maßnahmen der Arbeitgeberin ist mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04963 (VPA 17.02.16/VV 25.02.16) erfolgt. Im Rahmen der Beschlussvorlage (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 09030) vom 23.11.2017 wurde dem Stadtrat zudem über den aktuellen Sachstand berichtet. Der Sachstand der Umsetzung vom 1. Halbjahr 2018 wird im Gesamtbericht zur Umsetzung der UN-BRK, der im Dezember 2018 vom Sozialreferat eingebracht wird, aufgenommen.
3	14-20 / V 04095	17.02.2016/ 25.02.2016	Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Landeshauptstadt München	<ol style="list-style-type: none"> 1. Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Landeshauptstadt München wird, wie in Ziffer 5 des Vortrags dargestellt, verstärkt weitergeführt und zentral durch das POR unterstützt, begleitet und evaluiert (Steuerungsprodukt Personal- und Organisationssteuerung, Teilprodukt Arbeits- und Gesundheitsschutz). 2. Bis zur Durchführung der Folgebefragung "GPTW" 2017 werden alle Referate und Eigenbetriebe verpflichtet <ul style="list-style-type: none"> • im Rahmen der Bearbeitung der GPTW-Ergebnisse konkrete Überlegungen anzustellen, wie 	Erledigt	Zu 2. und 4. Die Informationen aus einer Umfrage bei den Referaten/ Eigenbetrieben wurden aufbereitet und bilden die Basis für die Beschlussvorlage in Sachen „Zentrale Finanzierung

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>innerhalb der jeweiligen Organisation in Zukunft mit dem Thema "Gesundheit und Arbeitsfähigkeit" konkret umgegangen werden soll</p> <ul style="list-style-type: none"> • effektive Strukturen zu schaffen und • einen Zeitplan zur Durchführung der psychischen Gefährdungsbeurteilung nach dem Leitfaden zur praktischen Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu entwickeln und mit der Umsetzung der psychischen Gefährdungsbeurteilung zu beginnen. <p>3. Bei der Entwicklung von dezentralen Aktivitäten des Betrieblichen Gesundheitsmanagement nach Ziffer 2 dieses Antrags ist der zentrale Steuerungsbereich Betriebliches Gesundheitsmanagement im POR zu beteiligen.</p> <p>4. Der zentralen Finanzierung von Koordinatorinnen und Koordinatoren für Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement vor Ort gem. Ziff. 4.4.1 des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, dem Stadtrat nach eingehender Prüfung, in welcher konkreten Höhe zusätzliche dezentrale Personalressourcen geschaffen werden müssen, einen Vorschlag zum</p>		<p>dezentraler Koordinatorinnen/ Koordinatoren für Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement“. Die Behandlung der Vorlage (Sitzungsvorlagennummer 14-20 / V 09865) erfolgte am 11.10.2017 im Verwaltungs- und Personalausschuss. Aufgrund eines Ergänzungs-/ Änderungsantrags wurde - abweichend vom Referentenantrag - Folgendes beschlossen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Verknüpfung der Themen BGM und GPTW wird zugestimmt. • Die derzeit vorhandenen und besetzbaren GPTW-Koordinatorinnen-Stellen werden um ein weiteres Jahr verlängert und dürfen ausschließlich für die im Beschluss (Ziffer 2.5) aufgeführten BGM-Aufgaben eingesetzt werden. • Im ersten Halbjahr 2018 soll dem Stadtrat dargestellt werden, welche Stellen (dezentral bzw. zentral) in den Referaten und Eigenbetrieben für die Themen Great Place To Work, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Betriebliche Gesundheitsförderung bereits eingerichtet sind,

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				weiteren Vorgehen zu unterbreiten.		<p>welche davon tatsächlich besetzt sind, wie lange diese jeweils evtl. befristet sind und welchen konkreten Aufgabenbereich diese jeweils wahrnehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im ersten Halbjahr soll dem Stadtrat außerdem ein Konzept vorgelegt werden, in welchem dargestellt wird, wie eine verbesserte zentrale Steuerung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements einschließlich der personellen Ressourcen erfolgen kann. • Weitere Stellenbedarfe bzw. die Entfristung vorhandener Stellen können erst angemeldet werden, wenn die Arbeitsaufträge aus dem Änderungsantrag erledigt sind. <p>In der Stadtratsvorlage Nr. 14-20/V 11909, die im VPA am 11.07.2018 (VV 25.07.2018) eingebracht worden ist, wurden die Arbeitsaufträge aus dem Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag der CSU- und SPD-Stadtratsfraktion bearbeitet. So wurde dargestellt, welche Stellen stadtweit für die o. g. Themen vorhanden sind, welche Aufgaben wahrgenommen werden und</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlustitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>5. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die Einrichtung von 8,5 Stellen-VZÄ sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnitt) zu veranlassen.</p> <p>Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die ab dem Jahr 2016 dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 588.830 € entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen der Kostenstellenbereiche der Abteilung 1 - Recht (PROD 5703 Recht) sowie der Abteilung 5 - Personalentwicklung (PROD 5701 Personal- und Organisationssteuerung und PROD 5707 Individuelle Personalentwicklung) Unterabschnitt 0220 anzumelden.</p> <p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in</p>	Erledigt	<p>welche Ergebnisse eine erste Umfrage der Referate und Eigenbetriebe ergeben hat. Des Weiteren wurde auf die gesamtstädtische Steuerung des des Betrieblichen Gesundheitsmanagements eingegangen.</p> <p>Zu 5. Es wurden 8,5 Stellen-VZÄ im Personal- und Organisationsreferat eingerichtet und besetzt.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Höhe von bis zu 218.170 € (50% des JMB Beamte).</p> <p>Zudem sind für 2016 dauerhaft Arbeitsplatzkosten in Höhe von 6.800 € sowie einmalig 26.070 € (Erstausstattung Arbeitsplatz) ab Besetzung auf dem Büroweg einzustellen bzw. künftig im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung anzumelden.</p> <p>6. Das zentrale Budget für das Betriebliche Gesundheitsmanagement wird ab 2016 dauerhaft für die Finanzierung der erforderlichen Sachkosten um 35.000 € aus dem zentralen Finanzmittelbestand aufgestockt. Die Mittel in Höhe von 50.000 €/Jahr, welche mit Beschluss von 19.03.2003 bereit gestellt wurden, sind daneben weiterhin zu veranschlagen. Für das Jahr 2016 werden die einmaligen Sachkosten in Höhe von 45.000 € und für das Jahr 2017 in Höhe von 10.000 € zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>7. Von den Ausführungen zum Themenfeld „Ältere Beschäftigte“ und den in Ziffer 6 beschriebenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen. Der Finanzierung dieser Maßnahmen in Höhe von 30.000 €, verteilt auf die Jahre 2016 (10.000 €) und 2017</p>	Erledigt	Zu 6. Die Finanzmittel stehen zur Verfügung.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>(20.000 €), wird zugestimmt.</p> <p>8. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04814 vom 21.11.2013 „Wie geht es älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Landeshauptstadt München?“ ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>9. Von der in Ziffer 7.4 beschriebenen Vorgehensweise zum Personaleinsatzmanagement und den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>10. Ein zentrales jährliches Budget für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>11. Von der in den Ziffern 7.1 und 7.2 des Vortrags beschriebenen Vorgehensweise zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement und zur Krankenbetreuung sowie den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>12. Der Einführung eines dezentralen BEM-Fallmanagements und die zentrale Finanzierung der notwendigen Ressourcen vor Ort gem. Ziff. 7.1.2.2.</p>	<p>Zeit-verzögert</p> <p>Im Zeitplan</p>	<p>Zu 10. Die Mittel für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wurden bisher nicht abgerufen, da die personellen Ressourcen nicht wie beantragt genehmigt wurden und erst Kapazitäten neu justiert werden müssen.</p> <p>Zu 12. Zum dezentralen BEM-Fallmanagement wurde dem Stadtrat am 15.06.2016 mit</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, nach Vorliegen der Erkenntnisse aus dem kommunalen Austausch und der Auswertung weiterer relevanter Daten erneut zu berichten und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p> <p>13. Ein zentrales jährliches Budget ab 2016 für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € für die Leitung der städtischen Selbsthilfegruppe auf Honorarbasis und für das Betriebliche Eingliederungsmanagement für spezielle Trainingsmaßnahmen von BEM berechtigten Personen in Höhe von jährlich 25.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>14. Die Ausführungen in den Ziffern 7.3 Zusätzliche Maßnahmen für Menschen mit Schwerbehinderung, 7.5 Prävention durch Wissensmanagement an den Dienststellen und 7.6 Rolle der Rechtsabteilung des Personal- und Organisationsreferat, P 1.4 werden ebenfalls zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>15. Sofern die benötigten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wird das Personal- und Organisationsreferat</p>	<p>Zeit- verzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>der Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 05951 eine eigene Beschlussfassung vorgelegt, mit der auch eine zentrale Finanzierung eines Pilotprojekts genehmigt wurde. Das Pilotprojekt wurde am 15.09.2017 begonnen.</p> <p>Zu 13. Mit dem zentralen jährlichen Budget für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € wird eine externe Dienstleistung bezahlt. Die genehmigten Mittel in Höhe von 25.000 € für spezielle Trainingsmaßnahmen wurden noch nicht abgerufen. Die ursprünglich angedachten Maßnahmen für BEM-Berechtigte können, wie die Praxis zeigt, nicht gruppenweise durchgeführt werden. Stattdessen sollen besonders belastete Berufsgruppen mit einer nachweislich nachhaltigen Präventionsmaßnahme namens „BETSI“ unterstützt werden. Dafür sollen die Finanzmittel, eine Befassung des Stadtrats ist für Herbst 2018 beabsichtigt.</p> <p>Zu 15. Dieser Bericht wurde in der</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>beauftragt, in 2 Jahren über die stadtweite Weiterentwicklung auf dem Gebiet „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ zu berichten.</p> <p>16. Die Einrichtung und Besetzung der erforderlichen Kapazitäten kann nicht bis zur Genehmigung des Haushalts 2016 bzw. bis zur Aufstellung des Haushalts 2017 zurückgestellt werden. Die Unabweisbarkeit dieser Maßnahme (Personal- und Sachmittel) wird anerkannt.</p> <p>17. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		<p>Stadtratsvorlage Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018/25.07.2018 eingebracht. Ziffer 15 ist damit erledigt.</p>
4	14-20 / V 07788	07.12.2016/ 14.12.2016	Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München	<p>1. Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sicherheitskonzept, insbesondere den unter Ziffer 2. des Vortrags vorgeschlagenen Kategorisierungen und Begriffsdefinitionen und den unter Ziffer 4. des Vortrags vorgeschlagenen Mindeststandards und optionalen Maßnahmen zu. Die Mindeststandards sollen in allen Referaten und Eigenbetrieben bis 31.12.2017 umgesetzt sein.</p> <p>2. Die Referate und Eigenbetriebe werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Arbeitsschutz beauftragt, mit Unterstützung des Kommunalreferats und des Fachdienstes für Arbeitssicherheit (POR-FAS) unverzüglich ihre Büroarbeitsplätze anhand der unter Ziffer 2.1des</p>	Im Zeitplan	<p>Die meisten Referate und Eigenbetriebe haben die betriebsorganisatorischen Maßnahmen bereits umgesetzt. In einigen wenigen Bereichen werden die Umsetzungskonzepte noch bearbeitet. Die Umsetzung baulicher Maßnahmen ist in weiten Teilen abgeschlossen. Lediglich einige Stellen sind mit der Umsetzung noch beschäftigt. Es sind fünf Finanzierungsbeschlüsse vorhanden. Drei weitere befinden sich in Planung. Überwiegend liegen bereits abgestimmte Fassungen vor bzw. sind in Vollzug. Insbesondere das Sozialreferat</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Vortrags genannten Kriterien zu kategorisieren, die unter Ziffer 4. des Vortrags genannten betriebsorganisatorischen Maßnahmen umzusetzen, insbesondere die Zugangsberechtigungskonzepte zu erstellen und die gewünschten optionalen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen. Das Kommunalreferat wird im Rahmen seiner Zuständigkeit nach mfm beauftragt, auf dieser Grundlage in Abstimmung mit den Referaten und Eigenbetrieben die baulichen Maßnahmen zu realisieren, die Vergabe der Sicherheitsdienstleistungen mit der Vergabestelle zu organisieren und die erforderlichen Stadtratsvorlagen einzubringen. Der Stadtrat soll nach Möglichkeit spätestens im Juli 2017 befasst werden.</p> <p>3. „Bekanntgabe des Beschlusses (Art. 52 Abs. 3 GO): Die nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile des Beschlusses werden nach Beschlussfassung in geeigneter Form bekanntgegeben.“</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		plant für das 1. HJ 2019 eine umfangreiche Beschlussvorlage. Die übrigen zur vollständigen Umsetzung benötigten Beschlussvorlagen sind ebenfalls in Bearbeitung bzw. bereits im Stadtrat eingebracht.
5	14-20 / V 09865	11.10.2017/ 18.10.2017	Great Place To Work und Betriebliches Gesundheitsmanagement	1. Von dem Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen, der Verknüpfung der Themen GPTW und BGM wird zugestimmt. Um die bereits laufenden Aktivitäten zur Optimierung der Arbeitsbedingungen und somit zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten,	Erledigt	Zu 1. Die Aufträge des Stadtrats wurden mit Beschluss Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018 im VPA erledigt. Es wurde die Beschlussvorlage „Great Place To Work,

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>auch im Sinne von BGM zu erhalten, wird die zentrale Finanzierung der im Rahmen von GPTW bereitgestellten und derzeit besetzten bzw. besetzbaren Stellen für BGM-Aktivitäten (inkl. gesetzlichem Arbeits- und Gesundheitsschutz) um ein weiteres Jahr verlängert. Hierfür werden insgesamt (dezentral und zentral) 9,5 VZÄ für ein weiteres Jahr finanziert. Die Referate/Eigenbetriebe setzen diese Kapazitäten ausschließlich für die unter Ziffer 2.5 dargestellten Aufgaben ein.</p> <p>Dem Stadtrat wird im 1. Halbjahr 2018 dargestellt, welche Stellen (dezentral bzw. Zentral) in den Referaten und Eigenbetrieben für folgende Aufgaben (Great Place to Work-Koordination, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Betriebliche Gesundheitsförderung) bereits eingerichtet sind, welche davon auch tatsächlich besetzt sind, wie lange diese jeweils evtl. befristet sind und welchen konkreten Aufgabenbereich diese jeweils wahrnehmen.</p> <p>Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat im 1. Halbjahr 2018 ein Konzept vorzulegen, wie eine verbesserte zentrale Steuerung des Betrieblichen</p>		<p>Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Betriebliche Gesundheitsförderung und Betriebliches Eingliederungsmanagement</p> <ul style="list-style-type: none"> - Notwendigkeiten - Zusammenhänge - zentrale und dezentrale Aktivitäten und Kapazitäten - gesamtstädtische Steuerung der Themen“ und - ein Konzept zur verbesserten zentralen Steuerung eingebracht.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Gesundheitsmanagements einschließlich der personellen Ressourcen erfolgen kann.</p> <p>Weitere Stellenbedarfe bzw. die Entfristung können erst, wenn diese Gesamtübersicht der jetzigen Stellensituation in den Referaten und Eigenbetrieben und das Steuerungskonzept vorliegen, angemeldet werden.</p> <p>2. gestrichen</p> <p>3. Aufgrund der dargestellten Nachteile wird keine erneute stadtweite Mitarbeiterbefragung im Stile von Great Place To Work durchgeführt. Im Jahr 2018 wird ein Konzept erarbeitet, wie der GPTW-Folgeprozess in den Referaten/Eigenbetrieben durch spezifische Umfragen zur Zufriedenheit mit den eingeleiteten Maßnahmen evaluiert werden kann. Die entsprechende Umsetzung findet 2019 statt. Damit ist der GPTW-Prozess formal abgeschlossen. Die Umfragen werden in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt durchgeführt. In Abhängigkeit der Ergebnisse wird dann bereichsspezifisch mit Unterstützung des POR über etwaige notwendige Anpassungsmaßnahmen entschieden.</p> <p>4. Das POR wird beauftragt, parallel hierzu ein Konzept für ein Pilotprojekt</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p>	<p>Zu 3. Ein Konzept wird derzeit entwickelt.</p> <p>Zu 4. Ein Konzept wird derzeit entwickelt.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>mit anlass- und themenbezogenen Kurzbefragungen, die möglichst niederschwellig und voll digitalisiert durchgeführt werden sollen, zu erarbeiten. Nach den Erfahrungen mit einem solchen Projekt wird das Personal- und Organisationsreferat dem Stadtrat im Jahr 2020 berichten und einen konkretisierten Vorschlag zur Implementierung einer regelmäßigen Feedbackkultur unterbreiten.</p> <p>5. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die Verlängerung von 1,0 VZÄ bis 31.12.2018 befristeten VZÄ um ein Jahr beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) zu veranlassen.</p> <p>Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die erforderlichen Haushaltsmittel bei der Stadtkämmerei anzumelden.</p> <p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein</p>	Erledigt	<p>Zu 5. Die Entfristung der Stelle ab 01.01.2019 wurde vom Personal- und Organisationsreferat beantragt und vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018 im VPA beschlossen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen im Jahr 2019 in Höhe von bis zu 19.790 € (40% des JMB für Beamte/innen).</p> <p>Das Produktkostenbudget erhöht sich im Jahr 2019 vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 zahlungswirksam um 56.250 €.</p> <p>6. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, im Benehmen mit den Referaten die erforderlichen 8,5 VZÄ um ein Jahr zu verlängern.</p> <p>Das Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) wird darüber hinaus beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 300.040 € (Personalkosten: 296.960 €; Sachkosten: 3.080 €) für das Jahr 2018, 335.730 € (Personalkosten: 332.280 €; Sachkosten: 3.450 €) für das Jahr 2019 sowie 32.370 € (Personalkosten: 32.100 €; Sachkosten: 270 €) entsprechend der tatsächlichen Besetzung bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich Einrichtung und Maßnahmen für</p>	Erledigt	<p>Zu 6. Die Entfristung der Stelle ab 01.01.2019 wurde vom Personal- und Organisationsreferat beantragt und vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018 im VPA beschlossen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Verwaltungsangehörige, Unterabschnitt 0800 anzumelden.</p> <p>Die Produktkostenbudgets erhöhen sich zahlungswirksam in Summe um 668.140 € (Produktausgabenbudget).</p> <p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von bis zu 92.520 € im Jahr 2018, 103.520 € im Jahr 2019 sowie 10.000 € im Jahr 2020 (jeweils 40 % des JMB).</p> <p>7. Das Personal- und Organisationsreferat wird dem Stadtrat voraussichtlich 2020 über die Erfahrungen aus der Verknüpfung von GPTW und BGM einen Vorschlag zur stadtweiten Etablierung von Kurzbefragungsmethoden unterbreiten.</p> <p>8. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Im Zeitplan	Zu 7. Derzeit in Bearbeitung.
6	14-20/ V 08901	11.10.2017/ 18.10.2017	Neukonzeptionierung der Arbeitgebermarke der Landeshauptstadt München	1. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat zu beauftragen, die städtische Arbeitgebermarke neu zu konzeptionieren, insbesondere die	Im Zeitplan	Die Haushaltsmittel wurden bereit gestellt. Eine Arbeitsgruppe im Personal- und Organisationsreferat beschäftigt sich seit Monaten intensiv mit den nötigen Vorarbeiten. So wurde erfolgreich eine Markterkundung durchgeführt

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>entsprechenden Marketingmaßnahmen nach innen und außen und die unter Ziffer 3 des Vortrags aufgelisteten finanziellen Mittel im Rahmen des Haushalts 2018/2019 zu bewilligen.</p> <p>2. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die erforderlichen Haushaltsmittel (Sachmittel) in Höhe von insgesamt 650.000 € (400.000 € für 2018 und 250.000 für 2019) im Rahmen der Aufstellung des Haushalts bei der Stadtkämmerei anzumelden.</p> <p>3. Das Produktkostenbudget erhöht sich vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 zahlungswirksam um 650.000 € (Produktauszahlungsbudget).</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		<p>und mit geeigneten Agenturen Kontakt aufgenommen, um sich inhaltlich auszutauschen. Derzeit steht die Vorbereitung der Ausschreibung an. Hierzu werden offene Vergabefragen noch mit den zuständigen Stellen geklärt. Die Vergabe soll noch in 2018, so schnell wie möglich, umgesetzt werden.</p>
7	14-20/ V 11440	16.05.2018/ 06.06.2018	Beihilfe goes online!	<p>1. Der Vortrag wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>2. Der Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, den Prozess „Gewähren einer Beihilfe“ ganzheitlich zu betrachten und zu optimieren. Dem Stadtrat ist dazu bis Ende 2018 ein Gesamtkonzept Beihilfe vorzulegen;</p>	Im Zeitplan	Seitens it@m (Vergabestelle 3) wurde mittlerweile eine Kanzlei mit der Erstellung eines Fachgutachtens zur Vergabe beauftragt.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>auf die Ergebnisse bzgl. einer Änderung der Schriftformerfordernis ist einzugehen.</p> <p>3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, vorrangig aus dem Gesamtkonzept Beihilfe den Baustein „Input-Management“ durch Digitalisierung zu optimieren. Das Umsetzungskonzept ist dem Stadtrat bis Ende 2018 vorzulegen.</p> <p>4. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Konzeption für eine sogenannte „Beihilfe-App“ zu erarbeiten. Der Einsatz der „Beihilfe-App“ soll mit einem Betrieb eines digitalen Input-Managements erfolgen.</p> <p>5. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die im Vortrag dargestellten Ressourcen ins geordnete Haushaltsverfahren eingebracht wurden.</p> <p>6. Der Stadtratsantrag der SPD-Fraktion Nr. 14-20/ A 03588 vom 13.11.2017 bleibt aufgegriffen.</p> <p>7. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
8	14-20/ V 11610	19.06.2018/ 27.06.2018	Arbeitszeiterfassung	<p>1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt,</p>	Im Zeitplan	Das Gesamt-Modell „Digitalisierung der Arbeitszeitbewirtschaftung“ wird derzeit erarbeitet und in Phasen

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>unter Einbindung des Referates für Informations- und Telekommunikationstechnik (RIT)/des Eigenbetriebes it@M sowie unter Beteiligung des Gesamtpersonalrates ein Gesamt-Modell „Digitalisierung der Arbeitszeitbewirtschaftung“ zu erarbeiten, in Phasen auszuprägen und dem Stadtrat vor der Sommerpause 2019 zur Entscheidung vorzulegen.</p> <p>3. Die Einführung einer IT-gestützten Zeiterfassungstechnik erfolgt schrittweise, beginnend in den Bereichen, in denen die Dienstvereinbarung über die flexible Arbeitszeit (DV-FLEX) Anwendung findet. Ziel ist, neben der Entlastung der Beschäftigten vom monatlichen Be- und Nachrechnen der Stunden, die weitgehend automatisierte Übergabe der erhobenen Zeitdaten bis hin zur Entgeltabrechnung sicherzustellen. Die IT-gestützte Zeiterfassungs- und Bewertungstechnik muss zukunftsfest die jeweilige Schnittstelle zur zentralen Entgeltabrechnung unterstützen.</p> <p>4. Die IT-gestützte Zeiterfassungstechnik soll ausschließlich über marktübliche Standardlösungen getragen werden.</p> <p>5. Der Stadtratsantrag der SPD- und CSU-Fraktion Nr. 14-20/ A 03600 vom 21.11.2017 bleibt aufgegriffen.</p> <p>6. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		<p>unterteilt. Das Projekt befindet sich im Zeitplan.</p>

